

Schlussfolgerungen jenseits großer Projekte

Forum, moderiert von Miriam M. Beul

Ich darf Sie noch einmal für unsere letzte Runde um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Wir möchten in unserer Abschlussdiskussion ein Fazit von all den vielen Eindrücken ziehen, die wir heute gesammelt haben – natürlich auch jenseits großer Projekte. Denn Vieles von dem, was wir aus der Planungswirklichkeit heute gehört haben, fasst auch in der Wirklichkeit Fuß.

Ich freue mich, dass Sie alle bei uns sind:

- Martin Hennicke vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalens, zuständig für regionale Wirtschaftsförderung und europäische Wirtschaftspolitik und Leiter der Verwaltungsbehörde für die NRW EU Ziel II Programme, zu denen auch die beiden Großprojekte gehören, über die wir heute gesprochen haben.
- Sabine Nakelski vom Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalens. Sie ist für Karl Jasper eingesprungen, der heute nicht zu uns kommen konnte. Sie ist Raumplanerin, Leiterin des Referats integrierte Stadterneuerung und demografischer Wandel, Soziale Stadt und Stadtumbau West. Das sind derzeit zwei große Programme für Stadtgestaltung in NRW.
- Professorin Christiane Thalgott hat für uns heute schon einen sehr spannenden Vortrag gehalten und spricht mit uns in der letzten Runde über das, was wir heute gehört haben, um vielleicht eine Vision für die Zukunft zu entwickeln.
- Renate Schmitt-Hofemann vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW und Referatsleiterin mit den Aufgabenbereichen berufliche Bildung und Strukturpolitik in der Abteilung Frauen.

Wir haben heute Morgen in der Eröffnungsrede von Gisela Humpert von der Wichtigkeit der Genderbegleitung in Projekten gehört. Jetzt haben wir über ganz viele verschiedene Stadtentwicklungsprojekte gesprochen, geförderte und nicht geförderte. Haben Sie da Familien und Frauen wieder gefunden? Oder hatten Sie das Gefühl, das hebt alles in einer Art Investitionsdebatte ab?

Renate Schmitt-Hofemann: Natürlich habe ich Frauen und Familie dort wieder gefunden. Nicht immer unmittelbar, aber das hat auch etwas mit dem heutigen Thema zu tun. Bevor wir einen Blick in die Zukunft werfen, möchte ich Ihnen einen Eindruck davon vermitteln, wie wir überhaupt hier zusammengekommen sind. Was hat dahinter gestanden, dass wir als Landesregierung die Großprojekte speziell unter dem

Aspekt Gender Mainstreaming begleitet haben? Es ging uns darum, Chancengleichheit auch in diesen großen strukturpolitischen Vorhaben umzusetzen, in die ja sehr viel Geld fließt und die auch Vorbild- und Leuchtturmfunktion im Land haben. Im Jahr 2003 haben wir zusammen mit dem Wirtschaftsministerium überlegt, was man da machen kann. Einfach gesprochen: Wir sind auf die Idee gekommen, dass wir eine spezielle Begleitung für diese Großprojekte installieren wollen. Ganz konkret haben wir mit Zollverein begonnen, hatten PHOENIX aber auch schon im Blick. Wir haben das auf eine, wie ich finde, sehr ungewöhnliche Weise getan. Wir haben mit Gisela Humpert eine kompetente Architektin gewinnen können, die persönlich in der Projektgruppe, in der Entwicklungsgesellschaft Zollverein, mitgearbeitet hat. Sie saß also nicht irgendwo in ihrem Büro, auch nicht beim ZFBT (Zentrum Frau in Beruf und Technik), sondern sie war überwiegend in die Planungsarbeit von Zollverein integriert. Das hat ihr einen ganz besonderen Zugang gegeben und uns ermöglicht, Interessen und Wünsche, die wir mit diesen Förderungen verbinden, dort zu implementieren. So etwas wird in Zukunft wohl ohne Weiteres nicht mehr möglich sein, zumal wir Projekte dieser Größenordnung im Moment gar nicht haben, wenn ich das richtig sehe, Herr Hennicke. Trotzdem – oder gerade deshalb – ist es für uns wichtig, was hier an Zusammenarbeit entstanden ist. Die heutige Veranstaltung mit all dieser geballten Sach- und Fachkompetenz zeigt, dass man ausgehend von dem Aspekt Chancengleichheit Themen aufmischen und eigene Impulse in Projekte integrieren kann. Das war für uns ein ganz wichtiger Ansatzpunkt und wir werden in anderer Form auch in der laufenden Förderungsphase auf diesem Feld weiter arbeiten.

Jetzt hat sie Ihnen schon den Ball zugespielt, Herr Hennicke. Es wird künftig anders laufen und diese Großprojekte werden in dieser Art nicht mehr begleitet. Erläutern Sie uns doch bitte kurz, wie läuft es denn bis zum Jahr 2013?

Martin Hennicke: Ja, es wird nicht wesentlich anders laufen. Nur haben wir momentan solche großen Industriebrachen wie hier auf PHOENIX oder auf Zollverein nicht mehr - Gott sei Dank. Die sind mittlerweile nach einem über 20jährigen Prozess alle saniert und entwickelt worden. Trotzdem verfolgen die europäischen Strukturfonds, von denen wir ja bis 2013 profitieren, auch weiterhin einen integrierten strukturpolitischen Ansatz. Das heißt, sie setzen nicht einseitig nur auf Technologieförderung oder nur auf Gewerbeflächenausweisung, sondern sie verfolgen auch stadtentwicklungspolitische Ziele. Sie verfolgen das Ziel der integrierten Stadtentwicklung. Und dazu gehört in meinen Augen auch die Frage, die jetzt für Zollverein gerade von Herrn Weiss angesprochen wurde: Wie kann man solch einen tollen Standort in die Struktur der alteingesessenen Bürger und Bürgerinnen im Umfeld integrieren? Wie funktioniert so was? Geht so was überhaupt oder muss man nicht schauen, dass, wenn man hier im Großprojekt so einen Yuppiestandort (young urban professional) hat, vielleicht auch Stadtteilarbeit im Umfeld gemacht wird?

Was tun Sie dafür?

Martin Hennicke: Wir stellen Gelder zur Verfügung, um solche Stadtteilprojekte zu fördern. Dazu gehört die Aktivierung der Bevölkerung und das Interesse für Bildung und Entwicklungsmöglichkeiten auch bei bildungsfernen Schichten zu wecken. Das gehört für mich zur Stadtentwicklungspolitik und so etwas können wir auch aus den Strukturfonds fördern. Wir haben genug Geld in dieser Förderperiode zur Verfügung. Für Stadtentwicklungsmaßnahmen gibt es insgesamt über 350 Millionen Euro von der Europäischen Kommission, die dann durch eigenes Geld noch einmal verdoppelt werden. Das Problem ist in meinen Augen häufig das gleiche: Es mangelt nicht unbedingt am Geld, es mangelt an den Umsetzungskapazitäten, an den Menschen, die das stemmen – hier in Dortmund wird das erfolgreich gemacht – und an den Menschen, die das abrechnen. Denn es handelt sich ja um Steuerzahlergeld, das muss also auch vernünftig gemanagt werden. Und da wünsche ich mir – um zum letzten Satz auf Genderzielsetzungen zu kommen – auch noch mehr Umsetzungskapazitäten, noch mehr konkrete Projekte, mit denen man beginnen kann. Das Geld steht zur Verfügung. Wir brauchen jetzt die Projekte, in die die wir es einbringen können.

Frau Thalgott, ich hatte das Gefühl, Sie wollten sofort etwas dazu sagen.

Christiane Thalgott: Wenn wir über integrierte Stadtentwicklungspolitik reden, dann reden wir doch sicherlich alle gemeinsam darüber, wie wir die Bildungskompetenz der von Ihnen als bildungsferne Schichten Angesprochenen verbessern können. Wir wissen alle, dass dies über Kindergarten und Schule geht. Ich hoffe, dass Sie Ihre 350 Millionen respektive 700 Millionen dann wirklich auch in diese Bereiche leiten. Denn das sind sicherlich diejenigen, die für die Zukunft unserer Standorte wichtig sind; und dass nicht nur in sozialen Stadtgebieten und nicht nur in Neubauquartieren. Ein anderer Bereich ist auch interessant, wenn Sie sagen, Sie wünschen sich mehr Umsetzungskompetenz. Wir wissen, dass eigentlich der Abbau von Bürokratie das große Schlagwort aller Leute ist, sowohl der Wirtschaft und der Industrie, also auch unserer hoch geschätzten Landesregierung. Abgebaute Bürokratie kann keine 700 Millionen mehr verwalten. Ich plädiere ganz eindeutig dafür, dass man dafür auch Kompetenzen schafft. Diese Kompetenzen können nicht nur von außen geholt werden, die müssen auch innerhalb der Verwaltung da sein. Qualifizierte Stadtverwaltung und Bildungspolitik kann gut 700 Millionen brauchen.

Darauf darf Herr Hennicke natürlich sofort antworten.

Martin Hennicke: Ich fang mal mit dem ersten Punkt an. Natürlich können wir auch Qualifizierungsvorhaben und -projekte mit den Strukturfonds fördern, sowohl mit dem europäischen Sozialfond als auch mit dem Fond für die Regionalentwicklung. Allerdings nicht in klassischer Schulpolitik, denn da sagt die Europäische Union – nicht

ganz zu Unrecht – bei den traditionellen Standardaufgaben der öffentlichen Hand wollen wir die Bundesrepublik Deutschland nicht entlasten. Vielmehr wollen wir strukturpolitische Vorhaben fördern. Wenn es um die Ausstattung von Schulen in der Fläche geht, dann muss der eigene Staat zur Tat schreiten. Aber wenn es um Zusatzausstattungen in sozial problematischen Stadtvierteln geht, da können wir durchaus etwas machen. Die zweite Frage – Umsetzungskompetenz. Ich merke aktuell ganz deutlich, dass der Personalabbau, der in den vergangenen Jahren beispielsweise auch bei unseren Bezirksregierungen stattgefunden hat, jetzt natürlich schon zu einem gewissen Engpass in der Bewilligung von Projekten führt. Wie das bei den Stadtverwaltungen ist, kann ich im Einzelnen nicht genau sagen. Aber wir brauchen qualifiziertes Personal, um qualifizierte Projekte umzusetzen, da gebe ich Ihnen völlig Recht.

Frau Schmitt-Hofemann hat sofort ein Beispiel.

Renate Schmitt-Hofemann: Ich kann über ein Projekt berichten, dass wir bereits in einer Pilotphase durchgeführt haben; ebenfalls mit Mitteln der Strukturfonds. Es geht darum, junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte besser auf ihren Übergang von der Schule in den Beruf vorzubereiten. In diesem Mentoringprojekt, das wir im abgelaufenen Schuljahr in acht Städten des Ruhrgebiets durchgeführt haben, waren 100 junge Frauen eingebunden. Alle haben bis zum Ende durchgehalten. Wir haben 85 Mentorinnen gewinnen können, die ehrenamtlich in diesem Projekt gearbeitet haben. Es war, soviel kann man sagen, nach dem erstjährigen Durchlauf wirklich ein großer Erfolg. Alle jungen Frauen fühlen sich sehr viel sicherer, sie sind selbstbewusster geworden, sie haben sich klarer machen können, in welche berufliche Richtung sie gehen wollen. Einige haben eine Ausbildungsstelle gefunden, bereits einen Vertrag abgeschlossen. Andere haben sich überlegt, dass sie weiter lernen, sich höher qualifizieren, Abitur machen und möglicherweise studieren wollen. Auch das Berufsspektrum ist durchaus breit und differenziert, es handelt sich nicht nur um die klassischen frauentypischen Berufe. Dieses Projekt planen wir ab 2009 für die nächsten Jahren im Bereich der Stadtentwicklung fortzuführen. Ich denke, das ist ein gutes Beispiel, wie Mittel aus den Strukturfonds eingesetzt werden, um die Situation für die jungen Frauen in den Stadtteilen zu verbessern und sie dadurch auch für die regionale Wirtschaft interessant zu machen. Schließlich geht es ja um die Stärkung der regionalen Potenziale. Deshalb ist dieses Vorhaben sehr gut angesiedelt in den Strukturfonds.

Da ist eine Meldung aus dem Publikum, bitte.

Rosemarie Ring: Frau Schmitt-Hofemann, vielfach wird in Projekten mit ehrenamtlichen Kräften gearbeitet. Wie das ist mit den qualifizierten und gut bezahlten Kräften? Wie ist das mit den Frauen in diesen Projekten? Am Beispiel PHOENIX: Wie wird die Wirtschaftsförderung sicherstellen, dass von den vielen geförderten Arbeitsplätzen

auch qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen entstehen? Die Erfahrung, die Realität ist die, dass es für die Frauen Arbeitsplätze im Bereich „Gering qualifiziert“ oder in Teilzeit gibt, und dass nur wenig von diesen intensiven öffentlichen Förderungen bei Frauen und qualifizierten Frauen ankommt. Deshalb noch mal meine intensive Nachfrage auch an die Stadt Dortmund: Wie werden Sie sicherstellen, dass die Wirtschaftsförderung sich dieser Frage annimmt? Und wie ist das dort mit der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau? Die neue Landesregierung, Ihre Landesregierung, Herr Hennicke, hat doch erst die Regionalstellen Frau und Beruf abgeschafft. Die haben bislang in diesem Prozess viel bewirkt und was kann jetzt noch kommen, wenn diese qualifizierten Frauen, die in diesem Bereich erfolgreich gearbeitet haben, gar nicht mehr da sind?

Wer möchte antworten? Frau Schmitt-Hofemann vielleicht?

Renate Schmitt-Hofemann: Vielleicht kann da jemand von der Stadt Dortmund, also von PHOENIX, oder auch von Zollverein etwas dazu sagen. Sie waren ja auch ganz konkret angesprochen, was die Arbeitsplätze angeht, die in diesen Bereichen gefördert werden.

Wir hatten ja heute Morgen kurz eine Statistik über die Arbeitsplatzsituation auf Zollverein in einem Beitrag. Demnach gibt es, 20 Prozent Unternehmerinnen auf Zollverein. Haben wir auch Zahlen für PHOENIX?

Konrad Hachmeyer: Nein.

Das ist wohl noch zu früh?

Konrad Hachmeyer: Wir fangen ja gerade erst an. Bei den Ankerprojekten, die wir auf der Fläche installiert haben und den ersten Projekten privater Investitionen, die errichtet wurden – bisher nicht.

Die Frage ging ja auch in die Zukunft.

Konrad Hachmeyer: Ich habe derzeit keinen Überblick über das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern an diesem Standort. Gleichwohl ist die Wirtschaftsförderung in dieses Ziel der Genderbegleitung eingebunden. Wir nehmen das auch sehr ernst. Wir führen auch als Teil der Akquisition für den Standort PHOENIX West Gründungswettbewerbe durch. Dort gibt es auch eine besondere Ansprache für – ich sage mal – Menschen in allen Lebenslagen. Für diesen Standort selbst gibt es noch keine konkreten Konzeptionen, das ist ein Technologiestandort. Wir sind darüber mit den Kompetenzzentren im Gespräch. Das Thema bleibt auf der Tagesordnung und in bestimmten Bereichen realisieren wir es bereits.

Sie werden dann vielleicht auch eine Statistik haben, wenn wir uns in zwei, drei Jahren wieder treffen. Dann können wir mal schauen, wie es mit der Unternehmerinnenverteilung aussieht. Frau Nakelski, wie wichtig ist denn aus Ihrer Sicht die Genderbegleitung, wenn wir von Zollverein Zahlen aus zwei, drei Jahren haben? Wie wird das in Zukunft sein? Wird Chancengleichheit bei der Arbeitsplatzverteilung in geförderten Projekten erfasst, damit man überhaupt einen Überblick darüber hat, wie das umgesetzt wird? Wie sollen also Nutzerinnen und Nutzer, Junge und Alte, Kinder und Jugendliche in das vorhandene Stadtgebiet eingebunden werden? Und wie soll erreicht werden, dass man wirklich begreift, wie die neuen Stadtgebiete angenommen werden? Und wer sind denn am Ende wirklich die Nutzer?

Sabine Nakelski: Es ist sicher so, dass es – absolut gesehen – nicht mehr viele Projekte in dieser Größenordnung gibt. Es wird aber eine Menge geben, die relativ zu ihrer Größenordnung sehr wohl bedeutend sind. Für eine Stadt wie Gummersbach ist eine große, leer gefallene Brache genauso bedeutsam wie PHOENIX für Dortmund. Für die Stadt Leverkusen hat das aufgegebenes Bahnbetriebswerk genau den gleichen Stellenwert. Und für die Gemeinde Steinheim in Ostwestfalen ist es die niedergegangene Möbelindustrie mit den vielen Flächen, die sie der Stadt überlassen hat. Wir haben also noch ganz viele Projekte vor uns, die absolut gesehen nicht vergleichbar sind, aber relativ gesehen für die Kommune die gleiche Bedeutung haben. Es stellt sich nämlich immer die Frage: Wie geht man mit großen Brachen mitten in der Stadt um? Wie bekommt man Umstrukturierungen mit einer realistischen Perspektive hin? Was kann sich überhaupt zukünftig entwickeln? Und wie verknüpfe ich das mit dem, was schon vorhanden ist: mit den Defiziten, mit der Nachfrage aus der Stadtmitte, aus dem Quartier, mit der Nachfrage von Frauen, die in der Möbelindustrie gearbeitet haben und dort keinen Job mehr bekommen haben? Wie ist es mit Kindern aus Einwandererfamilien, die einen besonderen Bildungsschub brauchen um weiterzukommen? Wie integriere ich Schularbeit, Kindertagesstättenarbeit in Quartiersarbeit? Wie stelle ich eine Vernetzung all der Fragen her, die sich dann in einem integrierten Konzept zusammenfügen? Und wenn wir mit einer Kommune ins Gespräch kommen, wie wird so eine Fläche entwickelt? Dann kommt automatisch die Frage auf: Und was ist drumherum? Es findet kein isoliertes Betrachten statt, sondern es wird immer gefragt, was die Umnutzung einer Brachfläche für die Stadt bedeutet und umgekehrt. Welche Bedarfe und auch welche Potenziale sind im Quartier nebenan erkennbar, die in den Prozess eingebunden werden können? Unabdingbar ist eine gründliche Vorbereitung. Der Einsatz von Fördermitteln zwingt einen immer dazu, das Ganze zu betrachten, Festlegungen zu treffen, überprüfbar zu sein. Es ist nun einmal unser aller Geld, mit dem umgegangen wird. Deshalb müssen wir Regeln einhalten. Trotzdem ist Flexibilität notwendig, um auf neue Situationen im Laufe eines Prozesses einzugehen. Es kann eine Gruppe geben, die wir vorher gar nicht kannten. Die wird jetzt aber aktiv, die hat eine Idee und einen Ansatz etwas zu be-

wegen. Das ist so wie ein Eiertanz zwischen stringent etwas durchplanen, ein Konzept haben und ein Profil entwickeln, aber immer wieder innezuhalten und zu fragen, wo stehen wir? Wo sind neue Ansatzpunkte, wie müssen wir umstrukturieren? Da sind wir zugegebenermaßen noch am Anfang. Wir bemühen uns, in alle integrierten Maßnahmen zur Stadterneuerung ein System von Flexibilität und Ausschöpfen der Möglichkeiten hineinzubekommen und uns selbst zu beobachten. Monitoring, heißt das so schön, sich selbst infrage stellen, nach dem Motto: Was treiben wir eigentlich? Sind wir auf dem richtigen Weg? Haben wir Menschen oder Aspekte vergessen? Und natürlich muss man sich am Ende auch an den gesteckten Zielen messen. Da ist das Thema Gender eines von vielen. Es ist zugegebenermaßen kein Thema, das wir über alles an erster Stelle sehen, aber es ist eines von den Themen, die eine Rolle spielen.

Am Anfang der Diskussion hatten wir die Frage, wie schaffe ich es, dass 700 Millionen Euro richtig verteilt werden, durch kompetente Leute in einer ökonomischen und effizienten Struktur. Wie kriegen Sie das in den nächsten Jahren hin?

Sabine Nakelski: Wenn ich es mal aus meiner Wahrnehmung als nicht federführend Zuständige sagen kann: Das ist wie immer bei solchen großen Aufgaben. Wenn ich jetzt die Verteilung dieser Mittel auch als eine große Aufgabe für ein Projekt sehe, ist es genau das Gleiche: Man setzt sich Ziele und Regularien, an die man sich hält. Und dann muss man sich einfach auf dem Weg begeben. Aber es wird nicht einfach sein. Wir haben Regeln, die wir einhalten müssen. Wir ahnen ein paar Fallstricke, wir wissen, wo wir genau aufpassen müssen. Wir fangen an mit Projekten und wir sind in einem lernenden Prozess bei der Umsetzung dieser Mittel. Und das, was ich als Anforderung an Projekt stelle, gilt auch für uns selbst. Wir fragen uns: Was machen wir? Machen wir es richtig und so, dass die Gelder nicht zurückgefordert werden können? Das ist natürlich unser Ziel. Auf einem prozesshaften Weg des Handelns und des Ausprobierens müssen wir lernen, Freiräume zu nutzen, daraus zu lernen und Vorgehensweise und Themensetzung weiterzuentwickeln.

Frau Thalgott wollte das kommentieren.

Christiane Thalgott: Nein, ich habe eigentlich drei Fragen. Die eine Frage drängt sich ja hier in Dortmund auf. Es gibt diese sehr schönen, neuen Entwicklungen und es gibt dadurch ganz erhebliche Leerstände. Wie gehe ich damit um, das umfassend zu betrachten? Denn entwickelt wird mit viel öffentlichem Geld. Die Leerstände bestehen zum Teil auch bei vielen einzelnen Privatleuten, die sich nicht mit der gleichen Kraft artikulieren, mit der das Neue auf den Weg gebracht wird. Die zweite Frage ist noch einmal das Bildungsthema. Da würde ich gerne wissen, wie Sie mit dem Alltag umgehen? Das ist ja doch ein Thema, das uns vom Kindergarten bis zum Erwachsenwerden begleitet. Eigentlich wissen wir seit 30 Jahren, dass die Ganztags-

schule notwendig wäre. Es ist schön, dass sie politisch auch ankommt – manches dauert etwas länger. Aber es wird höchste Zeit, wie wir alle wissen, denn die vernachlässigte Generation ist ja bereits da. Als Drittes habe ich noch eine Frage, die ich auch schon heute Morgen angesprochen habe. Wir gehen ja alle davon aus, dass Energie teurer wird und damit auch Mobilität. Müssen die Projekte nicht sehr viel integrierter Arbeiten, Bildung und Wohnen verbinden? Wenn ich mir vorstelle, dass die Wege vom Haushalt zur Arbeit so weit sind, dann werde ich das komplizierte Leben mit Kind und Beruf schwer realisieren können. Und ich habe heute zum Eingang vorgelesen, dass sowieso zwei Drittel der jungen Männer wollen, dass die Frauen am Kochtopf sitzen. Ich glaube aber, die jungen Frauen selbst wollen das nicht. Dann verzichten sie eher auf Kinder, wie wir wissen. Und die wenigen sind dann noch nicht einmal aus den gebildeten Haushalten, sondern anderswo her, was wir alle nicht wollen können. Was tun die Projekte der Strukturförderung für dieses Thema? Denn nur das Schaffen von Arbeitsplätzen, so schön sie sind, ist ja nicht die Antwort.

Wer möchte darauf antworten? Frau Schmitt-Hofemann hatte auch noch eine Anmerkung.

Renate Schmitt-Hofemann: Ja, jetzt allerdings nicht direkt auf dieses Thema.

Frau Müller, möchten Sie dann vielleicht erst antworten?

Frau Müller: Fairnesshalber bitte ich uns zu ersparen, die Bildungspolitik unseres Landes hier darzustellen und zu verteidigen. Das kann keiner von uns. Das ist ein separates Thema.

Aus dem Publikum: Das ist ein Thema!

Frau Müller: Es ist ein Thema im Alltag von Quartieren, in denen wir sehen, dass die Schule und die Kindertagesstätten Aufgaben übernehmen, die über das rein schulische deutlich hinausgehen. Aufgaben, die mit Räumlichkeiten, der Notwendigkeit von zusätzlichen Raumangeboten, von Ausstattungen, auch von Personal verbunden sind. Jenseits vom Ehrenamt und im Rahmen integrierter Maßnahmen zur Stadterneuerung haben wir solche Projekte und können uns auch daran beteiligen. Wir müssen der Fairness halber natürlich sagen, dass dort auch immer kommunale Mittel einfließen müssen. Wir haben inzwischen Kommunen, die ihren kommunalen Eigenanteil nicht mehr aufbringen können. Wir kommen also zum Teil in Projekte, wo alles da wäre: Strukturen, Mitwirkende, doch die Kommunalaufsicht sagt: Nein! Dahin steuern wir immer mehr und sehen im Moment auch keine Lösung. Das sind ganz große Räder, die etwas mit dem Solidarpakt West zu tun haben. Sie werden nur politisch diskutiert, aber in den Kommunen sind sie inzwischen real vorhanden. Es gibt

handlungsunfähige Kommunen, die fragen sich, wie können wir im Rahmen von Stadterneuerung flexibel sein? Die Kommunen kriegen ihren kommunalen Eigenanteil nicht mehr gestemmt. Insofern ist das ein Handlungsfeld, das wir nur begrenzt beeinflussen können.

Herr Hennicke und Frau Humpert wollten sich noch mal zu Wort melden.

Martin Hennicke: Kurz ein Satz, weil Frau Thalgott jetzt zum zweiten Mal das Thema Bildung angesprochen hat. Es ist klar, dass wir aus europäischen Mitteln nicht jeder Schule einen Mensabetrieb für den Ganztagsunterricht finanzieren können. Das muss aus nationalen Mitteln passieren. Da sind die Städte und die Länder gefordert. Aber wir können Folgendes machen: Wir können uns überlegen, ob denn allen ein besseres Bildungsangebot reicht oder ob nicht bei der Bildungsnachfrage angesetzt werden muss, bei der Freude und bei der Bereitschaft und bei der Neugier auf Bildung, auf Wissenschaft, auf Naturwissenschaften. Ich sage das deshalb, weil ich vor ein paar Tagen ein neues Konzept hier aus dem Ruhrgebiet auf dem Schreibtisch bekommen habe. Wie reagiert man auf Zechenschließungen, die jetzt wieder anstehen? Und der erste Punkt in dem Konzept, der steht in jedem Konzept der vergangenen 25 Jahre, wenn es um diese Fragen geht: Wir müssen diese Flächen sofort in neue Gewerbestandorte umnutzen. Wir müssen Flächen reaktivieren für neue Ansiedlungen. Erstens habe ich meine Zweifel, ob wir wirklich noch Gewerbeflächen im Ruhrgebiet brauchen, ob wir da nicht schon längst genug haben. Und zweitens frage ich mich, ob eine Strukturpolitik für das Ruhrgebiet, die sich allein darauf konzentriert, wirklich die richtige ist. Oder ob man die zum Teil auch bestehende mangelnde Bildungsbereitschaft nicht einmal als ein strukturpolitisches Thema ansprechen und Bildungskampagnen machen sollte. Es gibt ein schönes Projektbeispiel aus Wuppertal. Die wollen eine Junioruniversität einrichten. Das ist ein Nachmittagsangebot für alle Schüler und Kindergartenkinder, in denen Wissenschaft spielend nahe gebracht wird, vor allen Dingen auch Naturwissenschaft. Ein wunderschönes Projekt! Das Land Nordrhein-Westfalen wird das Projekt übrigens aus Strukturfondsmitteln machen. So etwas könnte ich mir für die Region noch viel häufiger vorstellen.

Gisela Humpert: Zur Frage von Frau Thalgott zur Integration von Arbeit, Bildung und Wohnen in der Stadt: Ich bin erstaunt, dass die Antworten jetzt schon so differenziert sind, bevor wir uns überhaupt über die Ziele verständigt haben. Ich will das Prinzip am Beispiel von „Wohnen mit Kindern“ verdeutlichen. Zu diesem Thema habe ich Projekte entwickelt und wohne auch in einem solchen. Ziel war es, den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, der Art wie Familien heute leben wollen, einen Rahmen von Vereinbarungen unter Nachbarn und räumlich guten Bedingungen an die Seite zu stellen. Wir haben uns darüber verständigt, was es im Alltag bedeutet,

die häufig unterschiedlichen Bedürfnisse von Erwachsenen und Kindern anzuerkennen und Lebenssituationen im Haus und Quartier zu schaffen, die beiden Seiten Entfaltungsspielräume und vor allem Kindern ein selbstverständliches Dabeisein ermöglichen, anstatt sie und ihre Betreuung auf Kinderspielplätzen „einzusperren“. Das hat zu bestimmten Maßnahmen geführt: Zum Beispiel sind die Fensterbänke niedriger zum Rausgucken, es ist auch für kleinere Kinder ungefährlich, von einem Haus zum anderen zu gehen, es gibt geräumige Wohnküchen, die Klingelknöpfe an der Haustür sind niedriger angebracht. Der Betreuungsaufwand wird nach unten geschraubt, indem die Kinder sich einfach in einer ungefährlicheren und für sie passenderen Welt frei bewegen können. Das könnte auch für alte Menschen attraktiv sein. Es erinnert mich ein bisschen an den Vortrag von Herrn Gerz, wo es um etwas mehr Selbstregulierung in der Gesellschaft ging. Insofern würde ich gern einen Schritt zurückgehen. Wir sollten uns erstmal darüber unterhalten, ob es nicht sinnvoll ist, dass eine Stadt an Alltagsabläufen verschiedener Zielgruppen entlang strukturiert wird. Und da sehe ich die öffentliche Hand jetzt in der Strukturentwicklung am Zug. Sollte man nicht über eine Stadt nachdenken, in der Alte, Kinder, Arme, Reiche, fitte Menschen und welche mit Handicap, sich einfacher bewegen können? Damit zum Beispiel Wohnen und Arbeiten nicht so weit auseinander liegen, ich nicht in mein Auto steigen muss, um Brötchen zu holen. Wir sollten aus verschiedenen Perspektiven darüber nachdenken, welche Komponenten eine Stadt mit Qualitäten braucht. Vielleicht kann man das an Quartieren beispielhaft durchspielen. Im zweiten Schritt kommt dann hinzu, an welchen Einzelheiten gezielt gearbeitet und wie das in Maßnahmen umgesetzt wird. Aber diese Vision müsste erst einmal noch ein bisschen weitergedacht werden. Mir ist sie jedenfalls noch nicht klar. Ich glaube aber, dass es helfen würde, Energie zu sparen, Arbeitskräfte zu sparen, Geld zu sparen. Wie müsste so eine Stadt aussehen, in der viel weniger Betreuung und Organisation nötig sind und das Leben mehr unterstützt wird, wie es sich vielleicht, ich sag mal „natürlich“ entwickeln würde?

Ich finde, das ist schon ein ganz schönes Schlusswort. Frau Schmitt-Hofemann, bitte.

Renate Schmitt-Hofemann: Ja, es war ein schönes Schlusswort, aber ich wollte noch einmal den Aspekt der Verwendung der Mittel aufgreifen; diese vielen Millionen Euro, die für die Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen. Was können wir dafür tun, dass diese Mittel auch tatsächlich sinnvoll eingesetzt werden und auch möglichst vielen unterschiedlichen Menschen nutzen? Unsere Perspektive aus der Genderperspektive, ist natürlich die, dass die Mittel aus dem Strukturfond in angemessenem Umfang Frauen zugute kommen. Natürlich gehören auch Kinder, auch Zugewanderte zur Zielgruppe, die wir im Blick haben. Und ich kann sagen, dass es von der programmatischen Seite aktuell sehr viele Anknüpfungspunkte dafür gibt. Aber wo wir noch Unterstützung leisten müssen und auch Unterstützung derer

brauchen, die Projekte und Ideen entwickeln, ist bei der Umsetzung in die ganz konkrete Arbeit, auf der Projektebene. Wie kann man dazu beitragen, dass die Mittel, die beispielsweise in die Stadtentwicklung fließen, auch tatsächlich Frauen, eben beiden Geschlechtern, zugute kommen. Das tun sie zwar schon. Wir haben uns darüber einen Überblick verschafft. Sehr viele Projekte kommen Frauen in sehr hohem Maße zugute. Aber wir haben gesehen, dass das häufig zufällig passiert, dass man da noch nicht systematisch genug arbeitet, dass es sehr stark davon abhängt, welche Protagonisten dort arbeiten. Mit anderen Worten: Frauen brauchen immer noch eine Lobby, wenn es darum geht, ihre Interessen in diese Projekte auch tatsächlich einzubeziehen. Das hat nichts damit zu tun, dass sie so schwach wären und so unterstützungsbedürftig. Das Gegenteil ist der Fall. Aber wenn es darum geht, ganz konkret richtig viel Geld auch sinnvoll für alle Gruppen unserer Bevölkerung einzusetzen, da brauchen Frauen in der Tat noch die Lobby. Und deshalb sind wir als Ministerium weiterhin im Gespräch und in enger Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium als Programmverwalter und auch mit dem Bauministerium. Ich kann Ihnen versichern, wir arbeiten daran. Aber es wird viel zu tun bleiben, das ist alles noch längst nicht erledigt und wir müssen weiterhin auf diesem Feld sehr aktiv werden.

Vielen Dank. Ich danke Ihnen, dass Sie so zahlreich bei uns geblieben sind. Ich danke allen Teilnehmern und wünsche Ihnen noch gute Gespräche und einen guten Heimweg.